

Noam Chomsky zur aktuellen Lage von Demokratie und Menschenrechten

Die ursprüngliche Abschrift gibt aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den Inhalt möglicherweise nicht wortgenau wieder.

Noam Chomsky: Ich wurde gebeten, ein paar Kommentare zu Demokratie und Menschenrechten abzugeben, die sich auf den Kontext Asien/Südasien beziehen. Die Wiedererweckung Asiens in den letzten Jahren ist ein bemerkenswertes Phänomen, hat enorme Bedeutung für die Zukunft. Und das Wort Erweckung ist natürlich angebracht, denn wie wir alle wissen, hatten China und Indien noch im 18. Jahrhundert nicht nur eine ungewöhnlich reiche und lebendige politische Kulturgeschichte, sondern auch die fortschrittlichsten Volkswirtschaften der Welt. Damals war Europa noch dabei, sich zu entwickeln. Tatsächlich leiht sie sich fortgeschrittenere Technologien aus Asien in einer Weise, die heute als "Piraterie" verrufen ist – denn im Prinzip übernimmt der Westen das, was Wirtschaftshistoriker "die Leiter wegtreten" nennen. Das heißt: Zuerst klettert man sie hoch und dann hindert man andere daran, einem zu folgen.

Einige Menschen gehen davon aus, dass Asien in nicht allzu ferner Zukunft seine dominante Stellung im Weltgeschehen wieder einnehmen könnte. So realistisch diese Prognosen auch sein mögen, die Auswirkungen der Kolonisation und die Qualen der Bemühungen, ihrem Erbe zu entkommen, haben Asien mit tiefen und sogar gewaltigen Problemen konfrontiert, die sich in den kommenden Jahren wahrscheinlich verschärfen werden, wenn die globale Erwärmung in ihrem katastrophalen Verlauf fortschreitet.

Ich würde mir nicht anmaßen, Lösungen für diese Probleme anzubieten – Aufgaben, die über meine Kompetenz hinausgehen und fehl am Platz wären, selbst wenn ich die erforderliche Tiefe des Verständnisses besäße. Stattdessen möchte ich in der Hoffnung, dass dies aufschlussreich sein möge, über den Zustand der Demokratie, der Menschenrechte in der Welt, der dominanten Gesellschaften der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit in der westlichen Zivilisation nachdenken. Und Bilanz ziehen aus großen Leistungen und schrecklichen Verbrechen, wie Asien sie nur allzu gut kennt.

Beginnen wir also mit der Lage der Demokratie im Westen. Im Moment ist sie sehr umstritten. In einer Wahl nach der anderen sind die Parteien der politischen Mitte, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg regiert haben, geschwächt oder sogar zerlegt worden.

Parallel dazu sehen wir den Aufstieg der so genannten illiberalen Demokratie – Demokratie in ihrer Form, aber sehr eingeschränkt in ihrer Funktion. Während die Autokratie sich vertieft, wurde der Zusammenbruch der zentristischen Institutionen von einem Aufstieg der extremen Rechten als politische Kraft begleitet.

Das ist nicht unerheblicher Grund zur Sorge, insbesondere in Mitteleuropa und angesichts der erschreckenden jüngsten Geschichte. Nun, während diese Tendenzen in Europa besonders ausgeprägt sind, erstrecken sie sich auch auf die Vereinigten Staaten. Die beiden traditionellen politischen Parteien monopolisieren immer noch das politische System, aber sie wurden bei den letzten Wahlen 2016 stark erschüttert.

Bei den letzten Vorwahlen waren die Kandidaten der Republikaner, die von der Basis kamen, für die Eliten völlig inakzeptabel und wurden vom republikanischen Establishment komplett niedergemacht. 2016 war anders. Zum ersten Mal zog ein Außenseiter an den Kandidaten des Establishment vorbei. Jemand, vor dem sie Angst und Verachtung empfanden, obwohl er zeigte, dass er – trotz all seiner Eskapaden – Bescheid wusste, wie er der wichtigsten Wählerschaft der Partei dienlich sein kann: Privatvermögen und Unternehmensmacht. Diese Aufgabe wurde der republikanischen Führungsriege im Kongress übertragen, die sie bewundernswert erfüllt hat. Die Gewinne steigen in die Höhe, während die Reallöhne weiter stagnieren und die Kontrolle der Habgierigen durch die rapide Deregulierung immer schwieriger wird.

Weniger publik, dafür umso auffälliger war, wie es den Demokraten erging. Der Wahlsieg eines Milliardärs mit großer finanzieller und medialer Unterstützung ist nicht allzu überraschend, aber der Erfolg der Kampagne von Bernie Sanders brach tatsächlich mit über einem Jahrhundert politischer Geschichte der USA. Er hatte praktisch keine Unterstützung durch privates oder Geschäftsvermögen, er wurde entweder ignoriert oder in den Medien verunglimpft, kam aber dennoch der Nominierung durch die Demokratische Partei sehr nahe. Am Ende wurde er durch Machenschaften von Parteiführern blockiert. Das ist eine erstaunliche Abweichung in der Historie von über einem Jahrhundert von Wahlen, von denen die meisten gekauft waren.

Die politikwissenschaftliche Forschung hat sehr überzeugend aufgezeigt, dass der Wahlerfolg, sowohl für Präsidenten als auch im Kongress, mit bemerkenswerter Präzision mithilfe eines einzigen Faktors vorhergesagt werden kann: den Ausgaben für die Kampagne. Und das hat zur Folge, dass der Mehrheit der Bevölkerung buchstäblich das Stimmrecht entzogen worden ist – dadurch, dass ihre eigenen Vertreter deren Meinungen und Präferenzen ignorieren –, sie hören nur noch auf die Stimmen ihrer Sponsoren, die sich schon auf die nächsten Wahlen freuen.

Beide politischen Parteien unterlagen den gleichen starken Tendenzen, die die zentristischen Institutionen der europäischen Demokratie untergraben. Diese Entwicklungen haben zu vielen Kommentaren über die Gefahren des so genannten Populismus geführt, der als ernsthafte Bedrohung für eine funktionierende Demokratie und eine gute Ordnung im Allgemeinen gilt. Und es gab viele Bemühungen von Analysten, den Aufstieg eines solchen

Populismus in der gesamten staatskapitalistischen Welt auf verschiedene psychische Störungen zurückzuführen. Eine beliebte Version schreibt sie menschlichen Impulsen zu, ich zitiere: "Tief in unserem Geist und Körper verankert, über das Begreifbare hinausgehend: ... die Angst vor der Zukunft, die Vorahnung unserer eigenen Sterblichkeit."

Es ist jedoch unnötig, von einer Epidemie der Irrationalität und der emotionalen Aufrufe auszugehen, die sich auf mysteriöse Weise über den Bereichen ausgebreitet hat, die der neoliberalen Politik der vergangenen Generation ausgesetzt waren. Diese Politik wurde entwickelt, um Wohlstand zu konzentrieren, die Macht der Unternehmen zu stärken, demokratische Systeme zu untergraben, die zunehmend auf Formalitäten reduziert werden, während die Mehrheit der Bevölkerung nichts davon hat.

In den Vereinigten Staaten beispielsweise, sind die Reallöhne für männliche Arbeitnehmer heute tatsächlich niedriger als 1979, als der neoliberale Vormarsch gerade erst begonnen hatte. In Europa ist der Angriff auf die Demokratie noch ausgeprägter: Große sozioökonomische Entscheidungen werden von der nicht gewählten Troika getroffen, nördlichen Banken, die sich über die Schulter schauen. In der gesamten westlichen Welt werden die arbeitenden Menschen und die Armen im Wesentlichen ausgegrenzt. Das erzeugt ganz natürlich Wut, Bitterkeit und Ressentiments.

Es gibt hier keine Rätsel zu lösen. Man muss nicht tief in die Psyche eindringen. Der renommierte Ökonom Thomas Piketty und seine Kollegen haben folgendes beobachtet, ich zitiere: "Eine Wirtschaft, die für die Hälfte ihrer Bevölkerung seit einer ganzen Generation kein Wachstum bringt, wird zwangsläufig Unzufriedenheit mit dem Status Quo und eine Ablehnung der Politik des Establishments entwickeln." Was also passiert, ist kein Mysterium.

Es hilft auch, sich daran zu erinnern, dass Demokratie immer ein umstrittenes Konzept war. Sie wurde von den Eliten weltweit durch die gesamte Zeit des demokratischen Wiederaufblühens hindurch gefürchtet und verachtet. Das war vor allem bei den großen demokratischen Revolutionen auffallend. Die erste davon fand Mitte des 17. Jahrhunderts in England statt und führte schließlich zur so genannten Glorious Revolution – zur Glorreichen Revolution – von 1688, in der die aufstrebende Bourgeoisie im Parlament immer mehr Macht gewann, zu Ungunsten der königlichen Vorrechte. Das führte zu vielen Fortschritten – einer der wichtigsten war die Zerschlagung des königlichen Monopols über den sehr lukrativen Sklavenhandel. Der Sklavenhandel, der wie wir wissen die billige Baumwolle lieferte und zu Wachstum von Produktion, Wirtschaft und Handel auf dem Land führte. Er führte auch zu Reichtum und Macht, vor allem in England, und zur Lieferung an die amerikanischen Kolonien – den wichtigsten Sklavenstaat.

Es gab diejenigen, die weder vom König noch vom Parlament regiert werden wollten, wahrscheinlich die große Masse der Bevölkerung. Ihre Pamphlete und Anhänger sprachen sich für universelle Bildung, sichere Gesundheitsversorgung und die Demokratisierung von Rechten aus. Einer ihrer Kritiker predigte Unheil verheißend, ich zitiere, von einer "aufrührerischen Doktrin an das Volk", die darauf abzielen würde, "die Zahl der Schurken zu vergrößern… gegen alle Menschen von höchstem Stand im Königreich, um sie in

Assoziationen und Vereinigungen zusammen zu bringen... gegen alle Herren, Adligen, Minister, Anwälte, reichen und friedfertigen Männer". Besonders beängstigend waren die Wanderarbeiter und Prediger, die Freiheit und Demokratie forderten, die Drucker, die Schriften herausgaben, die Autorität und ihre Rätsel hinterfragten. Das Schlimmste war, als der Pöbel durch seine Schriften verkündete, dass er nicht mehr von Königen oder Parlamentariern regiert werden wollte, sondern von "Landsleuten wie unsereins, die unsere Bedürfnisse kennen". Die Schriften erklärten: "Es wird nie eine gute Welt sein, in der Ritter und Herren uns Gesetze machen, die aus Angst auserwählt werden und uns nur unterdrücken und nicht die Leiden des Volkes kennen."

Diese Ideen entsetzten natürlich die Männer von höchster Qualität, die aufstrebende Bourgeoisie der Händler und Handwerker. Sie waren bereit, den Menschen einige Rechte einzuräumen, aber in Grenzen. Nach der Niederlage der Demokraten kommentierte John Locke, dass den "Tagelöhnern und Handwerkern, den Baumwollspinnern und Milchmädchen" gesagt werden müsse, was sie glauben sollen; "Die meisten Menschen können nicht wissen und deshalb müssen sie glauben."

Ähnliches geschah in der zweiten demokratischen Revolution ein Jahrhundert später in den befreiten amerikanischen Kolonien. Dabei ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass die Amerikanische Revolution mit all ihren Fehlern die Volksdemokratie ganz erheblich vorangebracht hat. Das Konzept "Wir, das Volk", das damals eine revolutionäre Idee war, so mangelhaft auch die Umsetzung gewesen sein mag. In den 1780er Jahren, während der Vorbereitung der US-Verfassung, gab es ein sehr beeindruckendes Maß an Volksaktivismus und Debatten. Schriften, Presse, Treffen, Gruppen, sogar Rebellion, Bauern, die gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit protestierten.

Die Delegierten des Verfassungskonvents stammten natürlich aus der Elite und waren bestrebt, das Drängen der Bevölkerung auf Freiheit und Demokratie zu unterdrücken. Die Hauptfiguren bei der Gestaltung der amerikanischen Verfassung waren Alexander Hamilton und James Madison, und das grundlegende Anliegen der Framers of the Constitution wurde von Hamilton klar und deutlich erfasst. Er erklärte, dass die Verfassung zur Verteidigung gegen "Verwüstungen, die der demokratische Geist am Eigentum vornehmen kann" bestimmt sei. Eigentum sei das eigentliche Anliegen der Regierung und Madison stimmte zu. Er argumentierte auf dem Verfassungskonvent, dass die Regierung "die Minderheit der Habenden vor der Mehrheit schützen muss". Er warnte davor, dass "wenn Wahlen für alle Bevölkerungsgruppen offen stünden, das Eigentum der Grundbesitzer gefährdet" sei. Damals herrschte die Agrarwirtschaft vor. Eine Landreform sollte verabschiedet werden, und das war nicht akzeptabel.

Die Regierung sollte die Interessen des Landes, also Eigentumsrechte, sichern statt Innovationen, die eine Bedrohung für sie bedeuteten. Die Grundbesitzer sollten an der Regierung beteiligt sein, um diese unschätzbaren Interessen zu vertreten. Das System sollte so aufgebaut sein, dass es die Minderheit der Habenden vor der Mehrheit schützt. Der Senat

¹ https://zcomm.org/wp-content/uploads/zbooks/htdocs/chomsky/dd/dd-c12-s03.html#FN12

sollte das Organ sein, das Dauerhaftigkeit und Stabilität haben sollte. Und der Senat, erklärte Madison, würde aus "dem Reichtum der Nation", dem "fähigeren Kreis von Männern", Menschen, "die Sympathie für Eigentum und seine Rechte haben", bestehen. Und der Senat sollte der mächtigste Zweig der Regierung sein – auch isoliert vom Volk und von demokratischen Bestrebungen. Der Senat sollte nicht aus dem Volk heraus gewählt werden. Tatsächlich wurde er bis 1913 nicht vom Volk gewählt, sondern stand wahrscheinlich unter elitärer Kontrolle.

Die ganze Geschichte ist komplex, aber es lässt sich im Allgemeinen sagen, dass es den Framers gelungen ist, einen Elite-Putsch gegen die Wünsche der Bevölkerung durchzuführen. Tatsächlich wird die große wissenschaftliche Studie über die Entstehung der Verfassung treffend The Framers' Coup genannt: Sie beschreibt, wie die elitären Framers das durchführten, was der Autor eine konservative Konterrevolution gegen zu viel Demokratie nannte.

Seitdem gab es ständige Kämpfe der Bevölkerung, um die Demokratie auszuweiten, viele Siege, aber auch regelmäßige Gegenreaktionen von der Elite. Die Zeit reicht nicht aus, um den gesamten interessanten Verlauf durchzugehen, aber der Kampf ist heute noch sehr lebendig. Volkskämpfe gegen den heftigen neoliberalen Angriff auf Demokratie und Grundrechte. Die Ergebnisse sind manchmal unerfreulich. Die wirtschaftliche Not hat im Laufe der Geschichte die Tür zu pathologischen Symptomen geöffnet, die von Demagogen ausgenutzt werden können; Rassismus, weiße Vorherrschaft, Fremdenfeindlichkeit. Das sehen wir heute auffallend in der grausamen Reaktion der westlichen Demokratien auf die Wellen der unglücklichen Menschen, die vor Gewalt, Unterdrückung und elender Armut fliehen.

Tausende von Menschen sterben im Mittelmeerraum und fliehen aus Afrika in den Zufluchtsort Europa, und Europa hat einen gewissen Anteil an der Zerstörung des Kontinents, den ich hier nicht darstellen muss. Dasselbe geschieht in den Vereinigten Staaten, wo die Regierung sogar dazu übergegangen ist, Kinder von ihren Eltern und Familien zu trennen und sie in Quasi-Konzentrationslager in der Wüste zu schicken, um Menschen abzuschrecken, die immer noch vor den katastrophalen Folgen von Ronald Reagans Terroristenkriegen in Mittelamerika fliehen. Unter Obama-Clinton und ihrer Unterstützung der Militärdiktatur wurden neue Wellen ausgelöst; letztere stürzte 2009 die reformistische Regierung von Honduras, was zu einer großen Eskalation und brutaler Gewalt führte. Das ist heute die Hauptquelle von Flüchtlingen. Der von den USA geführte Drogenkrieg – der keinerlei Auswirkungen auf den Konsum oder den Fluss von Drogen hatte – hat einen Großteil Lateinamerikas schrecklicher Gewalt ausgesetzt. Diejenigen, die fliehen, werden unter grober Verletzung des Völkerrechts brutal zurückgewiesen.

Papst Franziskus hat die Flüchtlingskrise als eine moralische Krise unter den Reichen und Privilegierten beschrieben, und er hat völlig Recht.

Und man kann sich kaum vorstellen, mit welcher Flüchtlingskrise die Welt in einigen Jahren konfrontiert sein wird, wenn der steigende Meeresspiegel eine große Zahl von Menschen aus

den tief gelegenen Ebenen Bangladeschs vertreibt oder wenn die bereits stark belasteten Wasservorräte in Südasien durch steigende Temperaturen weiter erschöpft werden, die Gletscher schmelzen und auch einen Großteil der Region praktisch lebensunfähig machen; und sich dadurch vielleicht sogar zwei Atommächte an die Kehle gehen mit unvorstellbaren Folgen.

Es ist allzu einfach, Katastrophen zu entwerfen, aber es sollte nie vergessen werden, dass es Lösungen in Reichweite gibt. Lösungen, die zumindest schwere Bedrohungen abwenden, ja sogar den Weg in eine Welt mit größerer Freiheit und mehr Gerechtigkeit ebnen könnten. Lösungen sind in Reichweite, aber die vorhandenen Möglichkeiten tatsächlich zu nutzen wird keine leichte Aufgabe sein. An ihr zu scheitern ist der sichere Weg in eine große Katastrophe. Ich danke Ihnen.

ENDE